

## **An die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, an die Parteivorsitzenden der österreichischen Parlamentsparteien**

Im September 2019 bekundete das EU-Parlament in der Entschließung P9-TA-PROV (2019) 0021 die Absicht, die Erinnerung an die Verbrechen des 20. Jahrhunderts wachzuhalten, um das Friedensprojekt der europäischen Einigung zu stärken und voranzutreiben. Prinzipiell ein gutes und notwendiges Vorhaben. ABER NICHT SO! In dieser Entschließung wird

- 1) der Sowjetunion Mitschuld am Ausbruch des 2. Weltkriegs gegeben und
- 2) der industrielle Massenmord und sonstige Verbrechen der Nationalsozialisten mit den stalinistischen Verbrechen gleichgesetzt!

Dagegen protestieren wir aufs Schärfste!

Zum Hintergrund: Das Europäische Parlament verabschiedete am 19.09.2019 mit großer Mehrheit eine Entschließung über die „Bedeutung der Erinnerung an die Europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas“ P9-TA-PROV (2019) 0021. Eingebracht wurde die Resolution von 19 Abgeordneten (18 aus Polen, einer aus Litauen), angenommen wurde sie von einer großen Mehrheit der Abgeordneten aller Fraktionen (535 Ja-Stimmen, 66 Ablehnungen und 52 Enthaltungen). Auch alle österreichischen EU-Abgeordneten (mit Ausnahme der Grünen-Abgeordneten Monika Vana, die sich der Stimme enthielt) haben mit ihrer Zustimmung die Intention der polnischen Regierung unterstützt, international eine neue, revisionistische Erinnerungspolitik zu installieren, die die alleinige Schuld des nationalsozialistischen Deutschlands am Vernichtungskrieg relativiert.

Die in der Resolution enthaltene Geschichtsdarstellung widerspricht nicht nur anerkannten Ergebnissen der zeitgeschichtlichen Forschung – die im Übrigen für die Sowjetunion auch die höchste zivile und militärische Opferzahl des 2. Weltkriegs feststellt –, sie greift auch den antinazistischen Konsens an, der den Sieg über Nationalsozialismus und Faschismus in Europa erst ermöglichte. Damit stellt dieser medial weitgehend unbemerkte Skandal einen gravierenden historischen Rückschritt dar, der eine alarmierende Machtverschiebung im europäischen Parlament signalisiert.

Die Verabschiedung der Entschließung wiederum ist ein weiteres Zeichen dafür, dass es der rechtspopulistischen Regierung Polens gelingt, Mehrheiten für eine Erinnerungspolitik zu gewinnen, in der alle totalitären Regime gleichgesetzt werden. Damit wird den rechtsextremen Kräften in ganz Europa in die Hände gespielt. Die Zustimmung nahezu aller österreichischen Abgeordneten im EU-Parlament ist ein unerträglicher Affront für die Opfer des Nationalsozialismus. Viele Verfolgte haben nach der Befreiung aktiv am demokratischen Aufbau Österreichs und Europas mitgearbeitet. Ihre unermüdlichen Bemühungen für eine demokratische Gesellschaftsordnung wurden aufs Größte missachtet.

Die Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück und FreundInnen (ÖLGRF) und die Österreichische Lagergemeinschaft Dachau (ÖLGD) sind von Überlebenden der beiden Konzentrationslager vor 70 Jahren gegründet worden. Von Beginn an verfolgten die Lagergemeinschaften das Ziel, über die Verbrechen der NS-Herrschaft aufzuklären, gegen jegliche rassistische und antisemitische Tendenz und Gewalt aufzutreten und der Opfer der mörderischen nationalsozialistischen Diktatur würdig zu gedenken. Die Entschließung der EU, die auf der Verzerrung von historischen Fakten basiert, widerspricht – gerade durch die Missachtung der Fakten – diesen Zielen in eklatanter Weise.

Daher haben die beiden Lagergemeinschaften gemeinsam eine Protestnote verfasst und sie Anfang November 2019 an die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie die Parteivorsitzenden der österreichischen Parlamentsparteien gesendet. Diese blieb bis heute unbeantwortet.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch noch auf die Stellungnahmen und Proteste verschiedener Verfolgtenorganisationen hinweisen, wie etwa der Internationalen Komitees der Vernichtungs- und Konzentrationslager der Nazis und der FIR (Internationale Föderation der Widerstandskämpfer, Bund der Antifaschisten) und ebenso auf die Online-Petition <https://mein.aufstehn.at/petitions/umdeutung-der-geschichte-stoppen>.

**Mit unserer Unterschrift unterstützen wir den Protest der Lagergemeinschaften und fordern die sofortige Rücknahme der Entschließung P9-TA-PROV (2019) 0021; von allen AdressatInnen erwarten wir, dass sie alles in ihrem Bereich Mögliche tun, damit dies auch geschieht.**

*Helga Amesberger, Ernst Berger, Ernst Blajs, Trautl Brandstaller, Angelika Brechelmacher, Bernadette Dewald, Albert Dlabaja, Werner Dreier, Veronika Duma, Irene Dworak-Dorowin, Sylvia Edelmann, Robert Eiter, Walter Filip, Irene Filip, Herbert Fleischner, Eva Friedler, Georg Friedler, Ernst Friedt, Waltraud Fritz, Judith Götz, Rainer Grubich, Peter Gstettner, Brigitte Halbmayr, Georg Herrnsstadt, Elfriede Jelinek, Elisabeth Jena, Benjamin Kaufmann, Ali Kohlbacher, Heinz Kolisch, Lilian Kolisch, Paul Kolm, Martin Krist, Nikolaus Kunrath, Tina Leisch, LICRA Österreich, Karin Liebhart, Ernst Löschner, Waltraut Löschner, Helene Maimann, Uschi Margulies, Mauthausen Komitee Österreich, Franz Mayrhofer, Robert Menasse, Willi Mernyi, Manfred Mugrauer, Vilmos Nagy, Margret Liesl Nitsch, Karl Öllinger, OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus, Österr. KZ-Vereinigung Buchenwald, Elisabeth Pittermann, Thomas Prader, Christine Pramer, Doron Rabinovici, Judith Ransmayr, Christoph Reinprecht, Gerhard Ruiss, Renate Sassmann, Robert Schindell, Susanne Scholl, Erwin Schorghofer, Peter Schwarz, Frank Stern, Hanna Sukare, Regina Taupe, Lisbeth Trallori, Heidemarie Uhl, Petra Unger, Ruth Wodak, Antonia Wälzner, Fritz Zapf, Alfred Zauner, Susanne Zwach*